Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 17,700.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 275. **Montag** den 1. October 1882. 76. Jahrgang.

Die Neuwahlen in Preußen.

II.

Es erübrigt nunmehr, nachdem wir gestern die Candidaturen der alten östlichen Provinzen verzeichnet, einen Blick auf die neuen und westlichen Provinzen des preußischen Staates zu werfen.

In den neuen Provinzen findet (mit einziger Ausnahme des Stadtkreises Frankfurt a. M.) die Einrichtung, daß ein Wahlbezirk mehrere Abgeordnete wählt, nirgends statt. Die Verständigung nahestehender Parteien wird begreiflicherweise schwieriger, wenn sie sich auf einen einzelnen Candidaten zu einigen haben, als wenn jeder derselben ein eigener Abgeordneter zugestanden werden kann.

Die Provinz Schleswig-Holstein wählt 19 Abgeordnete mit 19 Wahlbezirken. Davon sind Hadersleben und Apenrade-Sonderburg im unbestrittenen Besitz der Dänen. Die übrigen Mandate vertheilten sich in der letzten Gesetzgebungsperiode an 7 Nationalliberale, 4 Fortschrittler, 1 Mitglied der liberalen Vereinigung, 3 Freiconservative und 2 Conservative. Bekanntlich hat die schleswig-holsteinische Fortschrittspartei unter Hähnel's Führung mit den Nationalliberalen ein Compromiß zur Wahrung des beiderseitigen Besitzstandes und zu gemeinsamem Auftreten gegenüber den Conservativen geschlossen, ein Abkommen, daß die Berliner Leitung der Fortschrittspartei nicht anerkannte, sondern durch Aufstellung fortschrittlicher Gegencandidaturen in den bisher nationalliberalen Wahlkreisen Tondern, Pinneberg und Husum zu vereiteln suchte. Indessen ist alle Hoffnung vorhanden, daß die Wähler in überwiegender Mehrheit an der Neumünster'schen Uebereinkunft festhalten. Liberale Candidaten aus allen drei Richtungen sind in den bisher conservativ vertretenen Wahlkreisen Flensburg, Schleswig, Steinburg, Plön aufgestellt, in Eckernförde wird es noch geschehen müssen. Andererseits machen auch die Conservativen sehr lebhafte Anstrengungen; nicht nur in den ihnen bisher gehörigen Wahlkreisen treten die alten Abgeordneten wieder auf, auch in Pinneberg, Kiel, Segeberg, Lauenburg sind conservative Candidaten aufgestellt.

Die Provinz Hannover wählt 36 Abgeordnete in 36 Wahlbezirken. Die Provinz ist der festeste und fruchtbarste Boden für die nationalliberale Partei. Derselben gehörten 29 Abgeordnete an, während die Freiconservativen 4, die Conservativen 1 und das Centrum mit seinen welfischen Anhängern 3 Mandate besaßen. Die Nationalliberalen haben bereits in fast allen bisher besessenen Wahlkreisen ihre Candidaten aufgestellt, meistens die bisherigen Mandatsinhaber. In einigen Wahlkreisen, wie in Aurich, Stadt Hannover, Stader Geestkreis, Osterholz sind fortschrittliche Gegencandidaturen aufgestellt worden, in noch mehreren deutschconservative mit merklicher Anlehnung an das Welfenthum oder auch offen welfische. Trotz der den welfischen Hoffnungen und Bestrebungen förderlichen conservativen und gouvernementalen Unterstützung sind die Aussichten für Wahrung des Besitzstandes der Nationalliberalen in den meisten hannoverschen Wahlkreisen günstig.

Die Provinz Westfalen wählt in 11 Wahlbezirken 31 Abgeordnete. Davon gehörten in der letzten Gesetzgebungsperiode 16 dem Centrum, 5 den Conservativen, 1 den Freiconservativen, 5 den Nationalliberalen, 1 der Fortschrittspartei an, 3 waren liberal ohne Fractionsangehörigkeit. Die ultramontanen Mandate sind hier so unnahbar, daß sie von keiner Partei streitig gemacht werden. Im ganzen Regierungsbezirk Münster ist nicht eine einzige nichtultramontane Candidatur aufgestellt. Seitens der Nationalliberalen und der Fortschrittspartei, die sich in diesen beiden Wahlbezirken verständigt haben, werden Anstrengungen gemacht, den Deutschconservativen die 5 Mandate von Minden-Lübbecke und Herford-Bielefeld zu entreißen. Ein heißer Kampf unter den Liberalen wird um den Besitz von Altena-Iserlohn, Hagen und Bochum-Dortmund entbrennen. Diese bisher von den Nationalliberalen bezw. den Abg. Berger und Löwe besessenen und aufs Neue beanspruchten Mandate werden von fortschrittlichen Gegencandidaten bedroht, wie andererseits auch der fortschrittliche Besitzstand in Hamm-Soest von nationalliberaler Seite streitig gemacht wird.

Die Provinz Hessen-Nassau wählt in 25 Wahlbezirken 26 Abgeordnete. Von den 12 Abgeordneten des Regierungsbezirks Wiesbaden gehörten in der letzten Gesetzgebungsperiode 5 zur Fortschrittspartei, 1 zur liberalen Vereinigung, 3 zu den Nationalliberalen, 2 zum Centrum, 1 zu den Freiconservativen. In verschiedenen Wahlkreisen, wie den bisher nationalliberalen Obertaunus- und Rheingau- und den bisher ultramontanen Oberlahnkreis sind eine ganze Reihe Gegencandidaturen, fortschrittliche und conservative, aufgestellt, auch um den nationalliberalen Kreis Biedenkopf bemühen sich die Conservativen. Gegen das Vordringen von rechts und links suchen die Nationalliberalen mindestens ihren Besitzstand zu wahren; die Verhältnisse sind hier vielfach noch sehr verworren und die Aussichten unklar. Der Regierungsbezirk Kassel hatte bei den letzten Wahlen eine sehr starke conservative Vertretung ins Abgeordnetenhaus gesandt. Von den 14 Vertretern gehörten 7 zur conservativen, 2 zur freiconservativen, 3 zur nationalliberalen Fraction, 2 zum Centrum. Die Nationalliberalen haben hier sehr energische Anstrengungen gemacht, die in früheren Gesetzgebungsperioden von ihnen besessenen Wahlkreise zurück zu erobern. Sie haben fast überall, selbst in dem ultramontanen Fulda, ihre Candidaten aufgestellt. Nicht minder eifrig sind freilich die Conservativen gewesen. Es stehen sich sonach allenthalben conservative bez. ultramontane und nationalliberale Candidaturen gegenüber und die Aussichten sind zweifelhaft. Auch die Fortschrittspartei strengt sich an, den Nationalliberalen die Städte Kassel und Hanau abzunehmen.

Die Rheinprovinz wählt in 32 Wahlbezirken 62 Abgeordnete, darunter waren in der letzten Gesetzgebungsperiode 46 Ultramontane, 9 Nationalliberale, 4 Freiconservative, 1 Conservativer, 1 Fortschrittler, 1 Secessionist. Auch hier sind die meisten ultramontanen Wahlkreise so sicher, daß Gegencandidaturen nicht aufgestellt werden. In Wahlkreisen, die irgend eine Aussicht bieten, den Ultramontanen entrissen zu werden, haben die Nationalliberalen, die sich in jüngster Zeit in der Rheinprovinz trefflich organisirt haben, anerkennenswerthe Anstrengungen zu diesem Ziel gemacht; so in der Stadt Köln (in Verständigung mit der Fortschrittspartei), in Krefeld, in Altenkirchen-Neuwied; Mörs suchen die Freiconservativen wieder zu erobern. Allein in der ultramontanen Wüste des Rheinlandes erscheinen diese Candidaturen selbstverständlich nur wie vereinzelte Oasen. Im Wahlkreis Lennep-Solingen ist die Fortschrittspartei angriffsweise gegen den nationalliberalen Besitzstand vorgegangen, in Elberfeld ist das alte nationalliberal-fortschrittliche Compromiß aufrecht erhalten worden.

Endlich Hohenzollern mit 2 Abgeordneten scheint rettungslos den Ultramontanen verfallen, von dem Versuch einer Gegenwehr haben wir nichts gehört.

Leipzig, 2. October 1882.

In der Frage der Steuerreform wird jetzt ein ganz neuer Feldzugsplan aufgestellt. Während noch in der letzten Reichstagssession der Reichskanzler die Vorlegung eines neuen Verwendungsgesetzes aufs Bestimmteste in Aussicht stellte und mit der Auflösung des neuen Abgeordnetenhauses drohte, falls er mit demselben nicht zu einem befriedigenden Resultat in dieser Frage komme, wird jetzt in einem hochofficiösen Artikel der „Nord. Allg. Ztg." ein ganz anderer Plan entwickelt. Wir werden belehrt, daß nach Ablehnung des Tabakmonopols anderweite Vorschläge zur stärkeren Ausnutzung der indirecten Steuerquellen im Reich „für den Augenblick" nicht in Aussicht stehen und daß man sich sonach über die Verwendung von Mitteln, die man nicht besitzt, den Kopf zu zerbrechen braucht. Bevor die Regierung den Versuch der Eröffnung neuer Reichssteuerquellen mache, müsse sie vom Landtag ein vollgültiges Zeugniß haben, daß die Erleichterung des Drucks der directen Steuern ein Bedürfniß sei. Der Landtag müsse also ein klares Ja oder Nein sprechen, ob Preußen neuer Einnahmen behufs einer Steuerreform bedarf. Antwortet der Landtag mit Ja, so werden neue Steuervorschläge an das Reich gemacht werden, antwortet er mit Nein, so wird die Steuerreform liegen gelassen. Die weitere Art des Vorgehens der Regierung entbehrt trotz dieser Darlegung noch in sehr wichtigen Puncten der Klarheit. Man muß abwarten, in welcher Form und in welchem Umfang diese Frage an den Landtag gestellt werden wird. In mäßigem Umfang wird das Bedürfniß der Entlastung an directen Steuern vielleicht zugestanden werden, nicht aber auch nur annähernd in dem Umfang der jüngsten Verwendungsvorlagen, für welche weder durch das Tabakmonopol noch auf irgend eine andere denkbare Weise die Mittel zu beschaffen gewesen waren. Der officiöse Artikel zeugt unverkennbar von einem Rückzug der Regierung von ganz übertriebenen und phantastischen Zielen auf den Boden einer nüchternen Prüfung des thatsächlich vorhandenen Bedürfnisses und er eröffnet damit unstreitig bessere Aussichten, in der verfahrenen Frage zu einer Verständigung und einem Fortschritt zu gelangen. Freilich werden über den Umfang des Bedürfnisses und die zweckmäßigste Art der Befriedigung desselben die Meinungen weit auseinandergehen.

Ueber den augenblicklichen Stand der Frage bezüglich der Militair-Strafproceßordnung gehen der „N. A. Z." folgende Mittheilungen zu: „Bekanntlich trat im Mai d. J. eine Immediatcommission zusammen, um über den Entwurf dieser Militair-Strafproceßordnung zu berathen. Diese Berathungen gelangten definitiv zu Ende und bewirkten die Feststellung eines solchen Entwurfs, der zunächst von der Commission an den Kriegsminister gelangte und von diesem Sr. Majestät dem Kaiser unterbreitet wurde. Dieser Entwurf wurde, nachdem Sr. Majestät über denselben ausführlich Vortrag gehalten und der Kaiser auch genaue Einsicht von demselben genommen, vervielfältigt und den verbündeten Regierungen zur Kenntnißnahme resp. zur Rückäußerung vorgelegt. Wir hören nun, daß diese Rückäußerungen der Einzelregierungen jetzt hier eingetroffen sind, und sollen dieselben der Immediatcommission, welche im November nochmals zusammentreten soll, zur abermaligen Berathung vorgelegt werden, um den Entwurf nach den von den Einzelregierungen kundgegebenen Anschauungen einer nochmaligen Berathung zu unterziehen. Man glaubt, daß dieser einer nochmaligen Berathung unterzogene Entwurf dann sofort dem Bundesrathe zur Berathung unterbreitet werden wird, und es ist demnach nicht unwahrscheinlich, daß dem Reichstage in seiner nächsten Frühjahrssession eine darauf bezügliche Vorlage zur Berathung unterbreitet werden wird."

Der Wiener „Polit. Corresp." geht von „sehr bemerkenswerther Seite" aus Berlin eine Correspondenz zu, in welcher zunächst die „Times" wegen ihres bekannten Artikels vom 26. September sehr treffend abgefertigt wird. Am Schlusse dieser Correspondenz heißt es: „Eine andere Erklärung empfiehlt sich besser. Gambetta will aus den Spannungen, die er als Folge der egyptischen Verwickelung voraussieht, die Grundlage seiner zweiten und erfolgreicheren Herrschaft machen. Er erwartet eine gegensätzliche Gruppirung der europäischen Mächte als Stützpunct einer französischen Action. Er begehrt lebhaft, auf die Seite Englands treten zu können, fürchtet aber, daß diese Möglichkeit ihm bereits geraubt ist. Der „Times"-Artikel war ein Fühler an Englands öffentliche Meinung und Regierung, ob man dort noch geneigt sei, Frankreichs Hand anzunehmen und sich ihrer im Gegensatz zu den übrigen Mächten zu bedienen. Gambetta hat schon die Erfahrung gemacht, daß diese Neigung um so geringer ist, als die Hindernisse, zu deren Beseitigung Gambetta seine Hand anbietet, sich noch nicht gezeigt haben. Anzeigen eines Gegensatzes zu England wegen der egyptischen Dinge sind bisher nur in Rußland hervorgetreten. Gambetta möchte wissen, ob es an der Zeit ist, Rußland die Hand darzubieten, oder ob noch Hoffnung vorhanden ist, als Englands bevorzugter Bundesgenosse eine anderweitige antagonistische Gruppirung hervorzubringen. Dies an den Tag zu bringen, war der Zweck des „Times"-Artikels.

Ueber das am 25. September gehaltene päpstliche Consistorium erhält die „Nat. Z." folgende Mittheilungen aus Rom: „Daß der Papst die beiden Nuntien von Madrid und von Paris, Angelo Bianchi und Czacki, zu Cardinälen kreiren werde, war längst bekannt; sie nehmen eben Stellungen ein, die nach Herkommensrecht auf den rothen Hut Anspruch geben und konnten daher nicht übergangen werden, obwohl die totale Unbrauchbarkeit Mgr. Bianchi's und die maßlose Eitelkeit und der ränkesüchtige Charakter Mgr. Czacki's in Rom allgemein bekannt sind. [illegible] wird wohl kein Wasser trüben, an letzterem [illegible] Deutschland einen neuen, eben so fanatischen als scrupellosen Gegner im Cardinalscollegium mehr. Wie Sie wissen, halte ich dies keineswegs für ein Unglück für Deutschland, aber die Stellung des Herrn von Schlözer zum Vaticau wird sich dadurch gewiß nicht angenehmer gestalten, als sie eben ist. Nebenbei möge gesagt sein, daß Mgr. Czacki sich für die Stelle des Staatssecretairs ausersehen glaubt, und daß sein Ehrgeiz dem unglücklichen Jacobini bittere Stunden bereiten wird. Wenn Czacki so weit genesen sein sollte, um wieder arbeitsfähig zu sein, könnten die Tage des ministeriellen Daseins des Cardinals Jacobini wohl als gezählt anzusehen sein."

In Athen werden mit fortwährend wachsendem Mißbehagen die unaufhörlichen Angriffe der französischen Presse auf Griechenland empfunden; sie läßt sich anscheinend nur von Nachrichten beeinflussen, welche in Konstantinopel fabricirt worden sind und anstatt die Türkei wegen ihrer fortgesetzten Beunruhigungen, die Ruhe an der griechisch-türkischen Grenze zu stören, anzuklagen, wendet sich die französische Presse gegen die Griechen, die doch nichts als ihre nationale Ehre und die Integrität ihres Staates zu vertheidigen bemüht sind. Den Griechen liegt nichts ferner, als die Ruhe in ihrem Lande erschüttern zu wollen; nichts desto weniger darf nicht unerwähnt bleiben, daß zahlreiche Freiwillige sich von Macedonien und Epirus aus nach Thessalien begeben, um, falls es nöthig werden sollte, gegen den Despotismus einzutreten, welcher dort herrscht. Daß Griechenland nicht aufgefordert worden ist, an der „commission mixte" Theil zu nehmen, welche zur Feststellung der durch die egyptischen Wirren hervorgerufenen Schäden eingesetzt worden, hat in hohem Grade und um so mehr verstimmt, als mehr als die Hälfte aller Beschädigten griechische Staatsangehörige sind. Die griechische Regierung hat daher den Großmächten und Egypten erklären lassen, daß, falls Griechenland von den betreffenden Verhandlungen und Festsetzungen ausgeschlossen würde, Griechenland wider alle etwa zu fassenden Beschlüsse Widerspruch erheben, die Beschlüsse für null und nichtig erklären, und an ein „tribunal mixte" appellirt werden würde. Man ist in Athen jedoch der Hoffnung, daß solche Schritte vermieden werden dürften.

Nach gewissen aus Kairo stammenden Mittheilungen englischer Zeitungen scheint es, als ob Sir Garnet Wolseley mit dem Khedive nicht mehr so zufrieden wäre, wie man vordem anzunehmen geneigt war. Tewfik Pascha zeigt seinen Befreiern gegenüber eine leicht erklärliche Zurückhaltung; er denkt an die, wenn auch nicht allzu nahe Zeit, wo die englischen Truppen abgezogen sein werden und er sich wieder seinen getreuen Egyptern allein gegenüber befindet. Die Stimmung der Bevölkerung gegen den von englischen Bajonneten auf dem Throne erhaltenen Khedive ist eine feindliche. Englischerseits verdächtigt man Tewfik nunmehr in gleicher Weise wie vordem Abdul Hamid, Arabi zum Widerstande gegen die Forderung Admiral Seymour's angestachelt zu haben und auch nach dem Bombardement von Alexandrien noch in Verbindung mit ihm geblieben zu sein. Die „Times" veröffentlicht einen Briefwechsel zwischen Arabi und dem Khedive, welcher, wenn echt, den letzteren compromittiren muß. Auch heißt es jetzt, daß Arabi's Haus in Kairo nicht ausgeplündert, wie anfangs angegeben wurde, sondern auf des Khedive Veranlassung geräumt worden sei in der Absicht, auf diese Weise compromittirende Schriftstücke unbemerkt bei Seite schaffen zu können. Für den gefangenen Dictator macht sich im englischen Lager ein Umschwung der Gesinnung bemerkbar; der Besiegte von Tel-el-Kebir erscheint den Engländern nicht mehr in dem Lichte eines feigen, ehrgeizigen und habsüchtigen Rebellenchefs; die mit seiner Bewachung betrauten englischen Officiere rühmen die würdige Haltung, die er im Unglück bewahrt und andererseits wird constatirt, daß er nicht nur die in seine Hände gefallenen englischen Gefangenen human behandelt habe, sondern auch mit Energie und Androhung der Todesstrafe den von dem fanatisirten Pöbel nach dem Bombardement Alexandriens inscenirten Christen-Massacres Einhalt geboten habe. Die Frage wird angeregt, ob es nicht angemessen wäre, Arabi statt in der Kaserne in seinem eigenen Hause unter würdigen Verhältnissen bewachen zu lassen. Auch andererseits wird betont, daß die Engländer gegenüber den Rebellenführern sich gegenwärtig in einer Stimmung der Milde- und Nachsicht gefallen. In Konstantinopel nimmt man in Folge dessen an, daß es Englands Absicht sei, sich bei der Neugestaltung der egyptischen Verwaltung vorwiegend auf die Nationalpartei zu stützen, unter Wahrung der dem Khedive durch die großherrlichen Firmans verliehenen Rechte.

Vermischtes.

— Paris, 27. September. Vor einigen Tagen verbreitete sich die unglaubliche Kunde, daß die Regierung einer Thörin gestattet hätte, in den Königsgrüften der Kathedrale von St. Denis nach Schätzen zu graben, von denen sie behauptete, daß sie seit der Revolutionszeit dort verborgen wären. Die Sache bestätigt sich und man erfährt darüber aus zuverlässiger Quelle Folgendes: Eine Frau Cailhava, die in Montmartre wohnt, wandte sich schon vor vier Jahren an den damaligen Unterrichtsminister mit der Bitte, in der Hauptkirche von St. Denis Nachforschungen anstellen zu dürfen, und zeigte denen, die sich für sie interessirten, eine Art Wünschelruthe mit der Versicherung, daß die Spitze derselben sich gen Boden neige, wo derselbe edle Metalle enthalte. Zwei Jahre später wurde ihr die Bewilligung ertheilt, aber im entscheidenden Augenblicke ergab es sich, daß der Schatzgräberin die Summe fehlte, welche sie im Finanzministerium hatte erlegen sollen. Wieder verstrichen zwei Jahre, während welcher Frau Cailhava einen Capitalisten suchte und endlich fand. Vor einigen Wochen konnte sie endlich die paar Tausend Francs hinterlegen und erhielt von der Domänenverwaltung die Erlaubniß, in den Grüften von St. Denis nachgraben zu lassen. Nach mehrtägiger Arbeit wollte die Frau bemerken, daß die Ruthe sich nach einer bestimmten Stelle hinbog. Man grub noch eifriger, öffnete eine Kerbe von 1.70 Meter Länge, 1.20 Meter Breite, 1.50 Meter Tiefe und fand darin einen alten Stiefel, einen [illegible] Fingerhut und einen Todtenknochen. Madame Cailhava zweifelte immer noch nicht und wollte die Arbeiten [illegible] lassen; allein der Architekt der Domänen widersetzte sich aus technischen Gründen und die Aermste sah sich abermals in ihren Erwartungen getäuscht, soll aber entschlossen sein, ihre Bemühungen nicht aufzugeben.

— Die Vendée, das Land des reinsten Legitimismus, hat seit Kurzem auch ihre Wundererscheinung, mit der sie Lourdes und La Salette Concurrenz machen möchte. Kürzlich zeigte sich nämlich die heilige Jungfrau einem achtjährigen Mädchen auf dem Felde und seitdem geschehen an derselben Stelle zahlreiche Wunder, wenn Gläubige hinausziehen; sind dagegen Ketzer unter der Menge, so versagen Erscheinung und Heilung. Dies war auch letzten Sonntag der Fall, als Mitarbeiter des „Phare de la Loire" die Zeichen und Wunder schauen wollten, aber nur Folgendes sahen. Man hatte einen lahmen elenden Knaben hinaufgeschleppt und neben die Krücke des zuletzt Begnadeten gestellt. Ein Chor von jungen Mädchen sang geistliche Lieder und nach jeder Strophe wurde der unglückliche Kleine auf den Erdboden gesetzt, mit Rosenkränzen um den Hals, eine Wachskerze in der einen, eine Statuette der Jungfrau in der anderen Hand, während alle Anwesenden die himmlische Hilfe anflehten. Die Mutter rieb den Körper des kranken Kindes mit Erde von der geweihten Stätte ein, aber auch dieses Mittel verfing nicht; im Gegentheil verfiel der Patient in Krämpfe, schäumte und schrie um sich, bis er weggetragen werden mußte. Etwa 700 Personen hatten diesem Schauspiel beigewohnt, aber Niemand war dagewesen, der sich gegen die wohlgemeinte Quälerei erheben hätte. Die Presse sträubt endlich an, auf den Unfug hinzuweisen und zu verlangen, daß demselben ein Ziel gesetzt werde.

— Ueber die Länge der Straßen in Paris finden wir folgende interessante Notizen. Vielfach wurde angenommen, daß die längste Straße in Paris die Rue Lafayette sei. Dieselbe ist allerdings etwa eine Stunde lang bei gewöhnlichem Schritt, aber doch erst die fünfte der Länge nach. Die längste Straße in Paris ist die Rue des Pyrénées, welche von Vincennes nach Belleville führt. Die sieben längsten Straßen in Paris, welche eine ungefähre Idee von der Ausdehnung der Stadt geben, sind: 1) die Rue des Pyrénées — 3515 Meter, also gegen 11,000 Fuß, 2) der Boulevard Saint-Germain — 3150 Meter, 3) die Avenue Daumesnil — 2930 Meter, 4) die Rue de Rivoli — 2850 Meter, 5) die Rue Lafayette — 2789 Meter, 6) der Boulevard Pereire — 2540 Meter und 7) die Avenue du Trocadéro — 2440 Meter. Die kürzeste Straße in Paris ist z. B. die Rue Brogniart bei der Börse; sie hat in diesem Augenblicke nur ein einziges Haus, da die beiden Häuser auf der anderen Seite eingerissen sind und erst neu gebaut werden. Selbst nach Vollendung dieses Neubaues würde sie immer nur aus zwei Häusern bestehen, eine Numero „pair" und eine Numero „impair". Die ganze Länge beträgt nur 23 Meter.

— Vor Kurzem meldete die „Ill. Staatsz.", daß Anton C. H. Hesing auf einer Reise zu seinen Bergwerken in Mexiko ermordet worden sei. Diese Nachricht ist, wie aus amerikanischen Blättern jetzt ersichtlich, gleich darauf dahin berichtigt worden, daß der Mord nicht an dem Besitzer der „Illinois Staatsztg.", sondern an dessen Neffen, August Arck, vollzogen worden sei. Aber auch dies ist, wie die „Evening Post" meldet, falsch. Am 26. August soll Hesing ermordet worden sein. Nun liegen Briefe sowohl von diesem als von seinem Neffen, datirt vom 27. August, vor, aus denen hervorgeht, daß sie sich des besten Wohlseins erfreuen und auch nicht von dem geringsten Unfall betroffen worden sind.

— Das Einkommen des Großscherifs. Wie bekannt, hat der Sultan den Großscherif von Mekka, Abdul Mutalib, abgesetzt und den Scheik Abdullah zu dessen Nachfolger ernannt. Das Einkommen eines Großscherifs ist ein großartiges. Derselbe ist nämlich zugleich auch Statthalter der Provinz Hedschas mit den beiden heiligen Städten Mekka und Medina, welche jährlich, mit Ausnahme der Zölle, die dem Sultan gehören, gegen drei Millionen Francs abwirft. Von dieser Summe muß der Großscherif zwar das Beamtenpersonal erhalten, aber jedenfalls bleibt eine Million davon in seiner Tasche zurück. Die verschiedenen Abgaben, welche die Mekkapilger ihm entrichten müssen, tragen wieder bei 800,000 Francs jährlich und der heilige Brunnen Semsem bei der Kaaba, dessen Wasser ungemein theuer bezahlt wird, wirft gegen 80,000 Francs jährlich ab. Die Frauen des Großscherifs muß der Sultan jährlich neu bekleiden. Im Ganzen genommen dürfte sich das jährliche Einkommen des Großscherifs auf drei Millionen Francs belaufen.

— Dem Ingenieur Melville und den Matrosen Noros und Nindermann von der „Jeannette"-Expedition, welche mit dem Canzerdampfer „Partha" von Liverpool am 13. September in New-York ankamen, wurde dort ein glänzender Empfang bereitet. Zwei Dampfer fuhren dem Schiffe bis Sandy Hook entgegen; an Bord derselben befanden sich Verwandte und Freunde der drei Geretteten, sowie Deputationen der Stadtbehörden von New-York und der Vereinigten Staaten Kriegsmarine. Als die beiden Dampfer sich der „Partha" näherten, ging es an ein gegenseitiges Hurrahrufen und Hütteschwenken; die Scene des Wiedersehens der drei und ihrer Verwandten, Kameraden und Freunde, welche nun an Bord des Dampfers „Catalpa" folgte, wird vom New-Yorker „Herald" als tief ergreifend und rührend geschildert. Die verschiedenen Ansprachen der Deputationen konnte Melville vor tiefer innerer Erregung nicht erwidern, wie er denn auch das ihm an Bord des Dampfers „Ocean Gem", auf welchem die Vertreter der Stadtbehörden sich befanden, gebotene Frühstück nicht anzurühren vermochte; wohl aber waren die Champagner-Ovationen reichlich. Nindermann, der, ein glücklicher Bräutigam, von seiner Braut umarmt wurde, ließ der Reporter des „Herald" keine Ruhe, er mußte diesem die letzten Stunden, in denen Noros und er mit Capitain De Long und seinen Gefährten zusammen waren, erzählen. Tausende umstanden den Landungsplatz an der 32. Straße. Hier hatten sich zu beiden Seiten Marinesoldaten aufgestellt und bei der Ankunft Melville's und seiner beiden Kameraden brach ein stürmischer Jubel los. Melville fuhr zum Hause des Gouverneurs, um hier als Gast der Stadt zu wohnen. Die Bürger der Stadt gaben ihm zu Ehren ein großes Festmahl im Restaurant Delmonico. Von Philadelphia traf eine städtische Deputation ein, um die Geretteten von der „Jeannette" dahin einzuladen. Dem Ingenieur Melville ist das Ehrenbürgerrecht der Stadt Philadelphia zugedacht. Mit Melville kam zugleich Capitain Berry, Commandeur des in der Lorenzbai verbrannten Ver. Staaten Dampfers „Rodgers", welcher zur Aufsuchung der „Jeannette" im Sommer 1881 ausgesandt wurde. Melville brachte in seinem Gepäck zwei stets sorgfältig von ihm bewachte Kisten mit, welche die bei den Leichen von De Long und seinen Gefährten vorgefundenen Gegenstände, namentlich auch das Logbuch sowie die täglichen Aufzeichnungen De Long's enthalten. Melville begiebt sich demnächst nach Washington. Hier wird die vom Congreß beschlossene, vom Marineminister zu ernennende Commission